

## Inhalt

Dezember 2006

Vorwort	2
Termine, Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	3
Vorstellung unseres Bürgermeister-Kandidaten	4
Zum Grünen Anspruch auf ein Dezernat	5
Mitgliedsbeiträge	6
Landesdelegiertenkonferenz Bad Krozingen	7
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Übersicht über neue Initiativen, Bahnhofsvorplatz	8
• Polder Bellenkopf / Rappenwört	9
Aus der Landtagsfraktion:	
• Pelztierhaltung, Robbenprodukte, Schulstruktur, Badische Kulturgüter	10
• Kinderarbeit, Landtag und Behörden umweltfreundlich fit machen	11
• Pressemitteilungen, Termine, Anmerkungen	12
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Brief von Sylvia, kastriertes Verbandsklagerecht	13
• Risikochemie, Endlager Asse	14
• LAG Frauen, Bundesfrauenrat	15
Kontakte	16



Liebe Freundinnen und Freunde,

während es draußen so langsam richtig ungemütlich wird und sich mancheR fragt, ob die Klimaerwärmung nicht auch ihr Gutes hätte, wird in Nairobi auf der Welt-Klimakonferenz der UNO bereits darüber diskutiert, wie wir finanziell und wirtschaftlich die Folgen des Klimawandels auffangen können. Dabei sollte es aber eigentlich zunächst darum gehen, finanziell und wirtschaftlich alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit es erst gar nicht soweit kommt!

Es macht also durchaus Sinn, unter dem Motto „global denken, lokal handeln“ einen Grünen um das frei werdende Amt des Bürgermeisters für Wirtschaft, Finanzen und städtische Liegenschaften ins Rennen zu schicken, auch wenn wir um die in vielerlei Hinsicht eng begrenzten Gestaltungsspielräume dieses Amtes wissen. Nach eingehender Diskussion haben wir uns entschieden, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Mit Manfred Schubnell, einem langjährigem Mitglied der Grünen und vielen Aktiven wohl bekannt, haben wir einen in unseren Augen idealen Bewerber gefunden (siehe dazu auch die Pressemitteilungen). Das durchweg wohlwollende Echo in der sonst so Grünen-kritischen Lokalpresse zeigt, dass Manfred nicht nur bei uns überaus gut ankommt. Durch die labilen Mehrheitsverhältnisse dürfte es am 12. Dezember bei der Wahl durch den Gemeinderat aber noch äußerst spannend werden. Wir drücken Manfred (und damit uns) jedenfalls alle verfügbaren Daumen.

Auch bei uns im Kreisvorstand gab es personelle Neuerungen. Unser langjähriges Vorstandsmitglied Christian verlässt uns, weil er in Tübingen weiter studieren möchte. Das ist ein harter Schlag für den Vorstand, nicht nur, weil alle verbleibenden Vorstandsmitglieder erst kurz im Amt und damit in vielen Bereichen noch nicht so erfahren bzw. eingearbeitet sind, sondern auch, weil Christian durch seine politische Weitsicht und seine Einblicke in die Grüne Bundes- und Landespolitik uns in vielen Diskussionen wichtige Impulse gegeben hat.

Unser neues Vorstandsmitglied heißt Markus Ryll, ist noch nicht lange bei den Grünen, war aber in vielen anderen Bereichen schon sehr aktiv. Er wird sich euch im nächsten Rundbrief vorstellen. Wir freuen uns, in ihm einen aktiven Mitsstreiter gefunden zu haben und begrüßen ihn herzlich.

Und aktiv muss man auch sein, wenn man im Vorstand mitarbeitet. Unsere finanzielle Ausstattung ist minimalistisch, sodass wir viel improvisieren und organisatorische Arbeit übernehmen müssen. Darum kommen wir oft nicht dazu, inhaltlich so zu arbeiten, wie wir das gern wollten. Auch deshalb unser Finanz-Appell weiter hinten im Heft, den zu lesen wir Euch schon an dieser Stelle besonders ans Herz legen wollen.

Das war's fürs erste. Damit Ihr immer auf dem laufenden seid und wir Euch zwischen den Rundbriefen bei Bedarf erreichen können empfehlen wir, Eure mail-Adresse im Grünen Büro bekannt zu geben und hin und wieder in unsere Homepage zu schauen. Vielleicht legt ihr die Adresse [www.karlsruhe.gruene-bw.de](http://www.karlsruhe.gruene-bw.de) gleich unter die „Favoriten“ ab?!

Falls wir uns auf der Dezember MV (diesmal in Durlach!) nicht mehr sehen, wünsche ich Euch schon jetzt schöne Feiertage zusammen mit lieben Menschen und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Eure Sabine

## Ohne Nazis und Rassisten leben, in Ettlingen und anderswo!

Gegendemonstration gegen einen Aufmarsch der Neonazis in Ettlingen, der unter dem Motto "Für den Erhalt der deutschen Kultur - Nationale Freiräume schaffen" in Ettlingen geplant ist

Samstag, 2. Dezember, Treffpunkt 11:30 Uhr\* Ettlingen S1/S11 HALTESTELLE WASEN\*

\* Ort und Zeit können sich noch ändern. Aktuelle Infos unter

[www.ettlingen.antifa-buendnis-ka.de](http://www.ettlingen.antifa-buendnis-ka.de) [www.nextsteffi.tk](http://www.nextsteffi.tk)

**Herausgeber** Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt  
**Redaktion** Johannes Honné  
**Druck** Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe  
**Auflage** 260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*  
 Titelbild by *Tanja Saini*

## Kein Gift unterm Weihnachtsbaum

Chemikalien in Kinderspielzeug

mit **Sylvia Kotting-Uhl, MdB**

und **Christiane Manthey** von der **Verbraucherzentrale Baden-Württemberg**  
am Montag, 4. Dezember, 19.00 Uhr

Internationales Begegnungszentrum (IBZ) Karlsruhe, Kaiserallee 12 d

## Achtung! Ausnahmsweise in Durlach! Erster Mittwoch!

### Die Dezember - MV ist am Mittwoch, 06.12. um 20 Uhr

Gemeinsame Mitgliederversammlung der Kreisverbände Karlsruhe-Stadt und -Land:

#### Tagesordnung:

- \* "Ein Jahr schwarz – rote Umweltpolitik" mit Sylvia Kotting – Uhl, MdB
- \* "Es bleibt spannend: Noch 6 Türchen bis zur Bürgermeisterwahl"
- \* Bericht von der Landesdelegiertenkonferenz/Bundesdelegiertenkonferenz
- \* Finanzantrag: Verlängerung des BNN-online-Abos
- \* allgemeine politische Debatte

Ort: Nebenraum der Festhalle Durlach, Kanzlerstr. 13

**Mitgliederversammlung** jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

### Die Januar - MV ist am Mittwoch, 10.01.07

#### Tagesordnung:

- \* Bericht von der Bürgermeisterwahl
- \* "Fremd in Deutschland - Migranten der 3. Generation" mit Ulrike Maier
- \* allgemeine politische Debatte

## Vorankündigung Grünes Fest am Samstag, 3. Februar, 20.00 Uhr

mit Neumitgliedertreffen, MandatsträgerInnen, Cocktails und vielem mehr

im Grünen Büro, Sophienstr. 58

## Protokoll der Mitgliederversammlung vom 8. November 2006

Leitung: Christian Brugger  
Protokoll: Tanja Kluth

### 1. Vorstellung BM-Kandidat:

*Zusammenfassung durch Sabine:*  
Bürgermeisterposten (Dezernat) wird frei, uns steht nach Gemeindeordnung ein Posten zu.

*Der Kandidat stellt sich vor* (siehe Pressemitteilung) Beurteilung der Wahlichancen: Es gab bisher ein relativ positives Presseecho. Man-

fred fühlt sich von Fraktion und Vorstand gut unterstützt.

12.12.2006 Wahl im Gemeinderat

### 2. BDK am 1.-3.12.2006 in Köln

Themen: Wahl des Bundesvorstands + Parteirat; Diverse Anträge  
Bei Interesse an Anträgen oder Unterlagen bitte Büro anfragen.

Als Delegierte der Frauenplätze werden Sylvia Kotting-Uhl und Ulrike Maier per Akklamation gewählt.

Offener Platz: 2 Bewerber – Christian Brugger und Siegfried Knapp.  
Geheime Wahl: Christian 20, Siegfried 4, Enth. 3 bei 27 anwesenden Mitgliedern.

### 3. Nachwahl Vorstand

Verabschiedung von Christian Brugger durch Tanja Kluth, es kandidieren Markus Ryll, Student an der BA und Peter Sandbiller, Presse-Fotograph

Christian Brugger weist bei der Gelegenheit auf das Traineeprogramm des Landesverbands hin!

Wahl, bei 26 anwesenden Stimmberechtigten: Markus 13, Peter 8, Enthaltungen 4, Nein 1. Damit ist Markus Ryll gewählt.

**4. Persönliche Erklärung von Klaus und Erklärung der GR-Fraktion zur Bürgermeisterwahl**

**5. Wahl eines weiteren Mitglieds im Verwaltungsrat des Badischen Konservatoriums**

Wahl von Ute Leidig per Akklamation

**6. Finanzantrag Kopiergerät**

Das alte Gerät kostet 600 € im Jahr, allerdings incl. Toner und Kundenservice. Unsere Geschäftsführerin braucht ein Kopiergerät. Kosten ~ 800 - 1000 € + Toner u. Service. Der Vorstand beantragt

1000 € Verfügungsrahmen, Manfred: 1200 € Verfügungsrahmen

Abstimmung: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

**7. Allg. Politische Debatte**

Antrag Ulrike Maier: Zuschuss von 250 € für Veranstaltung zum Thema "Gift in Kinderspielzeug"

Abstimmung: einstimmig bei 1 Enthaltung.

Liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst war ich überrascht, als der Kreisvorstand und die Fraktion mich bitten, als Kandidat der Grünen für die anstehende Bürgermeisterwahl anzutreten. Nach intensiven Gesprächen habe ich entschieden, diese Herausforderung anzunehmen. Denn unsere Ideen, Themen und Programm sind es wert, sich dafür mit aller Kraft zu engagieren. Unsere Kampagne ist gut angelaufen. Das Presseecho war sehr erfreulich. Die wichtigsten Veröffentlichungen könnt ihr auf unserer Webseite [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de) nachlesen. Unsere große Stärke ist es, dass wir geschlossen und entschlossen das Projekt Grüner Bürgermeister für Karlsruhe angehen. Auch werde ich von Kreisvorstand und Fraktion hervorragend unterstützt. Zu Eurer Information drucken wir meine Presseerklärung ab.

Mit grünen Grüßen, Manfred



Presseinformation vom 7. November 2006

**Manfred Schubnell stellt sich vor**

Ich bin 58 Jahre alt und in Durlach aufgewachsen. Nach meinem Abitur am Wirtschaftsgymnasium Karlsruhe studierte ich in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaft. Ich habe in Karlsruhe als Rechtsanwalt gearbeitet und bin 1976 in die Steuerverwaltung eingetreten. Dort habe ich vielfältige Erfahrungen gesammelt. U.a. habe ich 9 Jahre in der Betriebsprüfung gearbeitet. Von 1981 bis 1988 war ich Hauptsachgebietsleiter der Betriebsprüfung beim Finanzamt Pforzheim. Dort war ich verantwortlich für die Prüfung der Großbetriebe und Konzerne in den Landkreisen Pforzheim, Calw und Freudenstadt. Ich war Referent für Einkommensteuer bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe und Amtsleiter der Finanzämter Neuenbürg, Dresden, Rastatt, Pforzheim und seit 2004 Karlsruhe. Als Höhepunkt meiner bisherigen Laufbahn sehe ich meine dreijährige Arbeit beim Finanzamt Dresden und mei-

ne jetzige Tätigkeit beim Finanzamt Karlsruhe.

Über die Gründung der Grünen Partei habe ich mich sehr gefreut und sie immer gewählt. 1994, nach meiner Rückkehr aus Dresden, bin ich in die Partei eingetreten.

Ich habe zwei Söhne, die heute 36 und 31 Jahre alt sind.

**Was reizt mich, als Bewerber für das Bürgermeisteramt anzutreten**

- Bis jetzt habe ich Steuergesetze vollzogen und dafür gearbeitet, dass Geld in die Staatskasse kommt. Als Bürgermeister würde ich dafür arbeiten, dass das Geld sinnvoll eingesetzt wird. Auch hat man als Bürgermeister mehr Gestaltungsspielräume als beim reinen Gesetzesvollzug.

- Mich reizt es, meine in vielen Besprechungen mit UnternehmerInnen erworbenen Wirtschaftskennnisse in die Arbeit als Bürgermeister einzubringen.

- Auch halte ich es für wichtig, dass in der Führungsebene der Stadtverwaltung jemand mit grünen Überzeugungen vertreten ist.

**Meine Ziele als Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister**

- Eine solide nachhaltige Haushaltsführung
- Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Das unternehmensfreundliche Klima in Karlsruhe zu erhalten
- Ein vernünftiges Flächenmanagement, indem vorrangig die Konversionsflächen und die Industriebrachen einer neuen wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.
- In der Technologieregion Karlsruhe hat bisher die erneuerbare Energie eine zu geringe Rolle gespielt, das soll sich ändern.

Weiter sind mir besondere Anliegen (diese Themen liegen nicht im Zuständigkeitsbereich des Dezernats 4)

- Gesunde Umwelt, Soziale Gerechtigkeit, Gute Betreuung in den Kindergärten und ausreichende Angebote für Ganztagesbetreuung für unter Dreijährige

- Gute Rahmenbedingungen für Bildung als Zukunftsschlüssel

- Ökonomie, soziale Gerechtigkeit und Ökologie will ich zu einem vernünftigen Ausgleich bringen.

**Wie sieht es aus mit meiner Qualifikation für das Haushaltsrecht der Kommunen?**

Bisher wurde nach den kameralistischen Grundsätzen der Gemein-

dehaushaltsverordnung ein Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufgestellt. Der neue Doppelhaushalt von Karlsruhe für 2007 und 2008 wird bereits auf der Grundlage Doppik (doppelte Buchführung in Konten Soll und Haben) erstellt. Dies entspricht weitgehend der doppelten Buchführung, welche die Wirtschaft benutzt. Hier kenne ich mich bestens aus.

Das heißt: Die Kameralistik ist überholt; Gegenwart und Zukunft ist die doppelte Buchführung mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Weiter hat die Stadt 30 Gesellschaften, mit denen etwa die Hälfte der städtischen Aktivitäten abgewickelt werden. Rund **eine Milliarde Euro Umsatz** und **ca. 8.400 Beschäftigte** in diesen Gesellschaften zeigen die Bedeutung und das Gewicht dieser städtischen Gesellschaften. Auch diese benutzen die kaufmännische Buchführung.

*Manfred Schubnell, Kandidat der Grünen für das Dezernat für Wirtschaft und Finanzen*

Presseinformation vom 07.11.2006

## Zum Anspruch der GRÜNEN auf die Besetzung des Dezernats für Wirtschaft und Finanzen, Nachfolge Groh

**Warum steht der Grünen Fraktion das Vorschlagsrecht auf ein Bürgermeisteramt zu?**

In Gemeinderäten gibt es keine „Regierungsparteien“, die Bürgermeister (Dezernenten) sind keine „Regierung“. Vielmehr sollen nach der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung **die Parteien ihrem Gewicht im Gemeinderat entsprechend bei der Verteilung der Bürgermeisterämter berücksichtigt werden**. Dabei soll bei der Sitzverteilung das Verfahren nach de Hondt angewendet werden. Zwar ist diese „Soll-Bestimmung“ nicht einklagbar, dennoch gibt es keine Begründung dafür, von dieser Bestimmung abzuweichen. Der Grünen Fraktion als drittstärkste Kraft im Gemeinderat steht damit eines der vier Dezernate zu. Wenn die FDP sagt, **im Gemeinderat „sitzt kein de Hondt“**, dann verspottet sie damit diese Gemeindeordnung und ihr demokratisches Prinzip.

**Warum wollen die Grünen ausgerechnet dieses Ressort besetzen? Passt das denn überhaupt zu den Grünen?**

Das nun zu besetzende Dezernat ist ein **Schlüsselressort**. Es enthält drei wichtige Bereiche:

- **Wirtschaft:** Es liegt auf der Hand: Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keine gute finanzielle Aus-

stattung. Ohne gute finanzielle Ausstattung kann kein Geld für wichtige Projekte, z.B. im Umweltbereich oder auch im sozialen Bereich, eingesetzt werden. Und vor allem: **Angesichts des Klimawandels ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Wirtschaft und Umwelt miteinander zu versöhnen**. Uns ist bewusst, dass Karlsruhe in diesem Bestreben nur ein winziger Baustein sein kann. Aber wer wäre besser geeignet als ein Grüner Bürgermeister, nach dem Motto **„global denken, lokal handeln“** in Karlsruhe Meilensteine zu setzen?

- **Finanzen:** Schwerpunkte in der Politik werden durch **Schwerpunkte in der finanziellen Ausstattung bestimmter Aufgaben** gesetzt. Diese werden durch den Gemeinderat im städtischen Haushalt festgeschrieben. Die Aufstellung des Haushalts obliegt jedoch dem Finanz-Bürgermeister. Es liegt auf der Hand, dass damit ein starker Einfluss ausgeübt werden kann. Das weiß niemand besser als Frau Mergen. Aber das wissen eben auch wir! Und außerdem: **Nachhaltigkeit** auch und gerade in den Finanzen, sowie **Transparenz und Nachvollziehbarkeit** des Haushalts sind sehr wichtige Grüne Anliegen.

- **Städtische Liegenschaften**, also Wald und die städtischen Gebäude: Die Themen *naturnahe Waldbewirtschaftung*, *gesundes Wohnen* und *Energieeffizienz in Gebäuden* sind ohnehin *„Grüne“ Themen*.

**Warum ein Grüner Bürgermeister?**

Dies ist für uns nicht eine Frage des Pöstchen-Verteilens an verdiente Politiker. Es ist eine Frage, ob wir wesentlich **Einfluss auf die Stadtpolitik** nehmen oder auf diese Möglichkeit verzichten wollen. Wir sind von der Richtigkeit und Wichtigkeit unserer Anliegen überzeugt. Deshalb wollen wir auf allen Ebenen unseren Einfluss geltend machen. Aus der Gemeinderats-Tätigkeit wissen wir zudem, wie häufig Anliegen der Stadträtinnen und Stadträte an der Verwaltung gescheitert sind. Deshalb halten wir einen **Einfluss auf die Verwaltung** für extrem wichtig.

**Warum keine Frau?**

Von Herrn Jäger wurde die Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass wir keine Frau aufstellen. Man könnte flapsig antworten „wir sind halt nicht dogmatisch“. Aber so leicht haben wir es uns natürlich nicht gemacht. **Wir haben uns angeschaut, wie wir derzeit aufgestellt sind**. Als Kreisverband, bei dem Fraktion

und Kreisvorstand paritätisch besetzt sind und der mit zwei weiblichen Abgeordneten im Landtag und einer weiteren im Bundestag vertreten ist, sahen wir uns dabei **nicht gezwungen, „um jeden Preis“ eine Frau ins Rennen zu schicken.** Wir haben sehr sorgfältig alle Optionen geprüft und mit allen potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten Gespräche geführt. Mit Manfred Schubnell haben wir den Kandidaten ausgewählt, der aufgrund seiner Kompetenz und Persönlichkeit am besten für das zu besetzende Amt geeignet ist.

### Warum wählen die Grünen nicht Frau Mergen?

Wenn es so einfach wäre, dass wir Grüne bei der Wahl zwischen einem Kandidaten und einer Kandidatin immer die Frau bevorzugen,

würden wir uns jeden politischen Spielraums berauben. Schließlich haben wir auch nicht bei der letzten Bundestagswahl dazu aufgerufen, Frau Merkel zu wählen. **Es geht in erster Linie darum, welche Politik die in Frage kommende Person vertritt.** Das Geschlecht kann daher mitnichten ein Argument sein, Frau Mergen zu wählen.

An Mergens Kompetenz im Bereich der Stadtfinanzen zweifeln wir nicht. Als erste Bürgermeisterin in Heilbronn hat sie außerdem Erfahrungen in der politischen Arbeit. Dennoch sind wir überzeugt, dass eine **CDU-Kandidatin in den Themen, die uns wichtig sind, keine zufrieden stellenden Impulse geben** kann. Eine nachhaltige Wirtschaftsförderung, die auf Schlüsseltechnologien z.B. in der Ener-

gie- und Umwelttechnik setzt und die mehr Ideen hat, wie die Ansiedlung neuer Unternehmen ohne einen ungehemmten Flächenverbrauch einhergeht, können wir uns nur mit einem Grünen Bürgermeister vorstellen. Eine verantwortliche und transparente Finanzpolitik, die Schulden abbaut, anstatt sie durch die Ausgliederung von defizitären städtischen Gesellschaften zu verschleiern, trauen wir ebenfalls Schubnell mehr zu als Mergen.

Durch seine Persönlichkeit, seine politische Überzeugung und aus seiner beruflichen Tätigkeit heraus bringt Herr Schubnell vielfältige Kompetenzen mit, die ihn als Bürgermeister zweifelsohne qualifizieren. Daher ist er für uns die erste Wahl!

*Sabine Just-Höpfinger und Anke Weidlich für den Kreisvorstand*

## Mitgliedsbeiträge: Alles wird teurer – bei uns bleibt's wie gehabt und doch...

Liebe Mitglieder,

in den nächsten knapp drei Jahren haben wir (hoffentlich) viel Zeit, uns voll auf die politische Basisarbeit zu konzentrieren. Keine Wahlen lenken uns von wichtigen Grünen Themen ab. Um diese kreative Zeit bestens zu nutzen, sollte auch die finanzielle Ausstattung des Kreisverbands stimmen. Beispiel der letzten MV: die Veranstaltung zum Thema "Kein Gift unter'm Weihnachtsbaum" ist eine super Idee – kostet aber auch Geld. Und da unsere Arbeit umso effektiver sein kann, je besser die Ausstattung ist, möchten wir zum Jahresende den Blick auf die Mitgliedsbeiträge werfen...

Da ja die Beiträge bei den Grünen nicht absolut gesetzt sind, sondern sich am Einkommen orientieren, brauchen wir sie nie erhöhen – wie praktisch! Unsere Beitrags- und Kassenordnung (Anhang zur Satzung) formuliert das so: **"Der monatliche Beitrag beträgt für Mitglieder mindestens 4,50 Euro und sollte ab einem Jahres-Nettoeinkommen von 6000 Euro 1% von diesem betragen."** Das heißt konkret: Wer 500 Euro monatlich verdient (macht ohne Weihnachts-

geld 6000 im Jahr), sollte 5 Euro pro Monat beitragen. Bei wem auf dem Lohnzettel 1000 Euro monatlich stehen, sollte seinen Beitrag auf 10 Euro setzen, u.s.w. Vielleicht gibt es auch Mitglieder, deren Einkommen unregelmäßig ist; dann wäre der durchschnittliche Verdienst eine Orientierung. Am Jahresende gibt es natürlich immer noch die Möglichkeit zu spenden, falls man doch noch Geld übrig hat, das Grüner Basis-Arbeit zugute kommen soll.

Einige sind vielleicht als Studenten eingetreten und haben mittlerweile einen Job gefunden. Andere haben einfach länger nicht daran gedacht, ihren Beitrag anzuheben, falls sich ihr Einkommen verbessert hat. **Wenn du zu diesen Leuten gehörst, möchten wir dich hiermit bitten, deinen Mitgliedsbeitrag zu überprüfen und ggf. zu erhöhen.** Übrigens: die 4,50 Euro Mindestbeitrag decken bei weitem nicht die Kosten, die wir durch Abgaben an den Landesverband und den Rundbrief für jedes Mitglied haben. Ein kostendeckender Beitrag liegt um die 6-7 Euro. Der Mindestbeitrag ist also nur für Leute gedacht, bei denen finanziell einfach nicht mehr drin ist.

Auch wenn unsere Budgets im Vergleich zu den Volksparteien oder auch der FDP sehr klein sind, haben wir in den letzten Wahlkämpfen viel Geld ausgeben müssen – mit sichtbarem Erfolg! Mit mehr Abgeordneten aus Karlsruhe können wir auch politisch mehr bewegen. Unsere Mandatsträgerinnen leisten zwar auch einen wichtigen finanziellen Beitrag für den Kreisverband, sie können und sollen jedoch nicht allein die politische Arbeit finanzieren, mit der wir vor Ort noch mehr bewegen möchten. Auch treten viele Initiativen an uns heran und bitten um Spenden für unterstützenswerte Projekte (z.B. gegen die Nordtangente oder gegen Rechtsextremismus). Hier wollen wir zeigen, dass wir nicht nur ideelle Beiträge leisten, sondern uns als Grüne auch so gut wir können finanziell engagieren. **Bitte helft mit, dass wir auch weiterhin erfolgreiche Wahlkämpfe führen, sinnvolle Projekte unterstützen und gute politische Veranstaltungen und andere Aktionen durchführen können!**

*Mit Grüßen vom Kreisvorstand:  
Anke Weidlich*

## LDK Bad Krozingen 11. und 12.11.2006

### Pragmatismus, ausgewogene Strömungen und große Gefühle

Die LDK in Bad Krozingen stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des neuen Realismus in der Ökologie und rückte das Thema mit den beiden Leitanträgen „Ökologie ins Zentrum der Politik“ und „Nachwachsende Rohstoffe“ in die Mitte des politischen Bewusstseins.

Ansonsten ging es wie immer grün-basisdemokratisch zu: z.B. bei der Frage, ob Parteiratsmitglieder das auch bleiben dürfen, wenn sie während ihrer Amtszeit ein Mandat erwerben. Nach endlosen Debatten zog Manne Lucha vom Kreisverband Ravensburg reumütig seinen Antrag zurück. Ihm hätte dann eigentlich die immer wiederkehrende Grundsatzdiskussion zur Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat folgen sollen, doch die Debatte, bei der der KV Karlsruhe bisher immer geschlossen Stellung für die Trennung bezogen hat, wurde vertagt und man setzte dann doch lieber auf niedrigere Hürden vor Urabstimmungen.

Der KV Karlsruhe war zum einen gut vertreten durch Sylvia Kotting-Uhl als Antragstellerin *Nachwachsende Rohstoffe* und Gislea Splett, die zu den AntragstellerInnen des anderen Leitantrags *Ökologie ins Zentrum der Politik* gehörte. Michael Gast und andere Mitglieder des KV Karlsruhe hatten die Reso *Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen weiter zurückdrängen* eingebracht, die von Gerhard Schick vorgestellt und mehrheitlich angenommen wurde.

Etwas spektakulärer war das Abstimmungsverhalten für die Resolution, die Ulrike Maier und andere UnterzeichnerInnen eingebracht hatten *Farbe bekennen für die Freiheit*. Hier ging es darum, den Freiheitsbegriff als genuine Errungenschaft eines säkularen Staatswesens zu betrachten, die nicht im Namen eines religiösen Freiheitsbegriffes eingeschränkt werden darf. Diese Reso war offensichtlich ein harter Brocken, der dann bei der schriftlichen Abstimmung doch

eine Mehrheit erreichte. Anschließend gab es einen kleinen Skandal, da der Fraktionsvorsitzende und andere in der Reso ein Kopftuchverbot zu erkennen glaubten. Es gelang der Antragstellerin an diesem Abend auch nicht mehr, den Fraktionsvorsitzenden vom Gegenteil zu überzeugen. Am nächsten Morgen hatten sich die Wogen dann aber geglättet und man einigte sich, den Grundsatzdialog über Politik, Religion und Freiheitsrechte neu aufzunehmen und sachlich fortzusetzen.

Der Sonntag war dann der Tag der ganz großen Gefühle. Andreas Braun, der sich nach siebeneinhalb Jahren aus persönlichen Gründen vom Amt zurückzog, wurde mit mehreren sehr treffenden und bewegenden Reden, u.a. von Irmgard Zecher und Sylvia Kotting-Uhl würdevoll verabschiedet. Er erhielt Standing Ovations und war sichtlich zu Tränen gerührt – man merkte ihm an, dass ihm dieser Abschied sehr schwer fiel.

Dann stiegen die Bewerber um die Nachfolge von Andreas Braun in den Ring. Hierzu ein Auszug aus der Stuttgarter Zeitung: „Die gut 200 Vertreter der Partebasis hatten keine leichte Entscheidung zu fällen. Bei ihren Bewerbungsreden am Sonntag vor den Delegierten in Bad Krozingen vermochte keiner der drei Aspiranten für den Landesvorsitz der Grünen so richtig zu überzeugen.“

Ohnehin waren Abgrenzungen zwischen den Bewerbern Alexander Schenk und Daniel Mouratidis nicht leicht zu finden. Beide jung, beide Realpolitiker, beide präsentierten sich als Pragmatiker. Die dezidiert andere Position fiel Memet Kiliç zu, dem Heidelberger Rechtsanwalt. Er wird eher dem linken Flügel der Partei zugeord-

net, es gelang ihm aber nicht, den Parteitag auf seine Seite zu ziehen.

Bundestagsabgeordnete und die Landtagsfraktion waren am Ende mit der Wahl von Mouratidis ebenso zufrieden wie Petra Selg, die in Zukunft zusammen mit Mouratidis die Doppelspitze der baden-württembergischen Grünen bilden wird. Kretschmann sieht in Mouratidis einen jungen Mann, der dennoch Erfahrung mit der Organisation von Politik hat. „Gute Ideen reichen nicht, man muss sie auch in die Praxis umsetzen können“, sagt Kretschmann und meint, dass das mit dem 29 Jahre alten Verwaltungswissenschaftler aus Backnang gelingen wird.

Auf Konfrontationskurs mit der Fraktion war ohnehin lediglich Memet Kiliç gegangen. Das zahlte sich im realpolitisch geprägten Landesverband nicht aus. Enttäuscht ist Kiliç keineswegs. „Mein Stimmenanteil war nicht so

schlecht“, sagte er. Er kündigte an, „ich werde weiterhin für meine Ideen und meine Partei arbeiten“. Zufrieden zeigten sich auch die Bundestagsabgeordneten Fritz Kuhn und Biggi Bender. „Eine sehr gute Wahl“, befand Kuhn, „er wird es gut machen und die baden-württembergische Grundlinie der grünen

Politik verstärken.“ Biggi Bender kommentierte: „Die Partei ist doch vernünftig.“

Im zweiten Wahlgang – Alexander Schenk hatte zurückgezogen - erhielten Memet Kiliç 85 und Daniel Mouratidis 119 Stimmen. Ein ausgewogenes Verhältnis – das übrigens auch bei anderen Abstimmungen auffiel und für eine ausgewogene Verteilung der Strömungen auf diesem spricht.

Mehr Infos: [www.ba-wue.gruene.de](http://www.ba-wue.gruene.de)

Ulrike Maier



## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

### Neue Anträge und Anfragen

[18.10. Energetische Optimierung Rathaus](#)

[24.10. Auftragsvergabe an die Firma Elektro Rüssel](#)

[24.10. Amerikanische Bibliothek EDV-Anbindung](#)

[24.10. Radrouten gemäß dem 20-Punkte Programm „Fahrradfreundliches Karlsruhe“](#)

[25.10. Kein Insektizideinsatz gegen Waldmaikäfer auf Gemarkung Karlsruhe](#)

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen

[17.10. Grüne gratulieren TU Karlsruhe](#)

[02.11. Kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige: Grüne hoffen auf Einsicht der CDU](#)

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter

[www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion](http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion)

zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

## **Endlich tut sich was: Am Bahnhofsplatz geht's voran!**

Es hat Jahre gedauert, genau gesagt vier davon, bis sich am verkorksten nördlichen Bahnhofsvorplatz was zugunsten der FußgängerInnen machen ließ. Erstmals intervenierten die Grünen hier im Jahre 2002 und forderten Nachbesserungen. Grund: Der ursprünglich autofrei geplante Platz (zumindest lautete das hehre Ziel im Zusammenhang mit dessen Sanierung so) wird weiter munter befahren. Ein ursprünglich vorhandener Zebrastreifen wurde entfernt, und der gesamte Platz erhielt einen gleichmäßig grauen Pflasterbelag. Vorbild war die Fläche vor dem Speyerer Dom. Dort sahen die Stadtplaner ein „Miteinander“ von Auto- und Fußverkehr durch eine gelungene Planung verwirklicht. Autofahrer sollten spüren, dass ihnen die Straße nicht alleine gehört. Diese Rechnung ging nicht auf. Die kerzengerade, überbreite Straße am Bahnhofsvorplatz lädt zum Rasen ein und eine beidseitige

ge Parkierung macht die Situation unübersichtlich und gefährlich. Tempo 30 und eine Halteverbotszone vor den Zookolonnen wurden zwischenzeitlich eingerichtet, werden aber meist ignoriert. So konnte es nicht weitergehen, insbesondere für Kinder und behinderte Menschen (speziell Blinde) ist die Überquerung des Platzes in Richtung Zoo/Bahnhofstraße und umgekehrt ein Spießrutenlauf.

Die Gemeinderatsfraktion brachte das Thema 2005 erneut auf die Tagesordnung und forderte eine Überarbeitung des Platzes zu Gunsten der Fußgängersicherheit. Unter diesem Druck diskutierte der Planungsausschuss im Herbst 2005 nun verschiedene Varianten: Auf einmal schien der autofreie Bahnhofsvorplatz - der zuvor wegen der dort ansässigen Läden als nicht machbar bezeichnet wurde - durchaus in Reichweite. In seiner jüngsten Sitzung nun hat der Pla-

nungsausschuss eben dieses (also die Autofreiheit) beschlossen, wenn auch nur teilweise. Der östliche Teil (zwischen Bahnhofstraße und der Straße „Am Stadtgarten“) wird nun (versuchsweise) für den MIV gesperrt, sobald die Sanierung der Bahnüberführung Schwarzwaldstraße abgeschlossen ist.

Die ebenfalls in der Diskussion befindliche und von uns favorisierte komplette Sperrung bekam im Ausschuss leider keine Mehrheit.

Doch auch nach diesem schönen Erfolg bleibt am Verkehrsknoten Bahnhofsplatz Nord noch viel zu tun: Erinnert sei hier an die ausstehende Barrierefreiheit der Nahverkehrshaltestellen. Stadtplanungsamt und Verkehrsbetriebe beschäftigen sich derzeit mit der Umsetzung eines interfraktionellen Gemeinderatsantrages von Grünen und SPD aus dem Jahr 2005.

*Tim Wirth*

## Hochwasserschutz, Naturschutz und Trinkwasserschutz im Konflikt?

### Aktuelle Planungen im Raum Bellenkopf/Rappenwört

Das „Integrierten Rheinprogramm“ (IRP) von Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, den Hochwasserschutz am Rhein mit der Renaturierung der Auen zu verbinden. Dazu werden Retentionsräume eingerichtet, in denen auch außerhalb extremer Hochwasserereignisse „ökologische Flutungen“ zugelassen werden. Gebiete, die seit Jahrzehnten vom Überflutungsregime abgeschnitten sind, werden damit wieder an den Rhein angebunden.

Ob sich dabei naturnahe Verhältnisse in der ehemaligen Aue wieder einstellen können, ist nicht nur von der Häufigkeit der ökologischen Flutungen abhängig, sondern auch von der Fließdynamik, mit der das Überflutungswasser den Retentionsraum durchströmt. Ein ungesteuerter Polder, bei dem keine technischen Bauwerke die Anbindung an den Rhein einschränken, ist hier die umweltverträglichste Lösung.

Auch im Hochwasserfall ist es von entscheidender Bedeutung, ob ein gesteuerter oder ungesteuerter Polder realisiert wird. Beim gesteuerten Polder wird das Wasser durch Schließen der Bauwerke im Retentionsraum festgehalten, beim ungesteuerten Polder dagegen durchfließt das Wasser ungehindert den Rückhalteraum. Es weist dadurch einen höheren Sauerstoffgehalt als im „Stehpolder“ auf, was die Auenlebensräume sehr viel überflutungstoleranter macht.

Derzeit werden für den auf Gemarkung Karlsruhe liegenden Retentionsraum „Bellenkopf/Rappenwörth“ folgende 3 Varianten ge-

prüft, von denen eine in das demnächst einzuleitende Planfeststellungsverfahren Eingang finden wird:

- Variante 1: Öffnung zum Rhein ohne steuerbare Bauwerke (ähnlich einer Dammrückverlegung)
- Variante 2: Gesteuerter Retentionsraum mit ökologischen Flutungen. Erst ab einem Hochwasser von 4000 m<sup>3</sup>/s am Pegel Maxau wird der Polder geschlossen
- Variante 3: Baugleich mit Variante 2, der Polder wird aber nur bei Störfällen oder einer drohenden zweiten Hochwasserwelle geschlossen.

Eine offizielle Stellungnahme der Stadt zu diesen drei Varianten steht derzeit noch aus. Die Grüne Gemeinderatsfraktion setzt sich für Variante 1 ein, weil diese die umweltverträglichste Variante ist und am ehesten die (Rück-) Entwicklung einer naturnahen Aue gewährleistet. Dies bestätigt auch die zu der Planung bereits vorliegende Umweltverträglichkeitsstudie.

Natürlich müssen neben dem Hochwasser- und dem Naturschutz auch noch andere Belange berücksichtigt werden. Wir haben uns deshalb auch intensiv mit der Frage beschäftigt, inwieweit sich der zukünftige Retentionsraum mit der geplanten Trinkwasserentnahme der Stadtwerke in einem neuen Wasserwerk „Kastenwört“ verträgt. Zur Realisierung eines Retentionsraums mit ökologischen Flutungen besteht eine vertragliche Verpflichtung des Landes. Es geht also nur noch darum, ob sich die drei oben

dargestellten Varianten hinsichtlich des Risikos für die Trinkwasserentnahme unterscheiden. Wichtig ist dabei, welche Mengen an Uferfiltrat in das Trinkwasser gelangen.

Die uns vorliegenden Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Uferfiltratanteile bei der durchschnittlichen geplanten Trinkwasserentnahmemenge von 5,2 Mio. m<sup>3</sup>/a je nach Polder-Variante zwischen 11 und 12 % liegen, sich also nicht nennenswert unterscheiden. Das bedeutet, dass völlig unabhängig von der Variantenentscheidung eine Trinkwasseraufbereitung notwendig sein wird, sollten die Stadtwerke ihre derzeitigen Planungen beibehalten und die geplanten Entnahmemengen im vollen Umfang fördern.

Bleibt noch die Frage, wie mit einem Störfall, ähnlich der Sandoz-Katastrophe umgegangen werden kann. Hier hat Variante 1 den Nachteil, dass ein Schließen des Polders aufgrund nicht vorhandener Steuerbauwerke nicht möglich ist. Allerdings berücksichtigen die Stadtwerke bei ihrer Planung bereits, dass bei Katastrophenfällen jeweils ein Karlsruher Wasserwerk aus der Trinkwasserversorgung heraus genommen werden kann (sog. „n-1-Planung“). Auf Katastrophen wie Sandoz sind wir in Karlsruhe also auch mit einem ungesteuerten Polder vorbereitet.

Deshalb sollten wir die einmalige Chance nutzen, unseren Karlsruher Beitrag zur Renaturierung der in Deutschland so selten gewordenen Überflutungsaue zu leisten.

*Bettina Lisbach*



Gisela Splett

### Aus der Landtagsfraktion

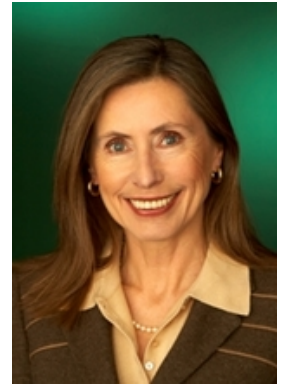
## **Verordnungsentwurf zur Pelztierhaltung im Bundesrat - Renate Rastätter fragt nach**

Aus ethischer Sicht gibt es keine Begründung für eine gewerbliche Haltung und Nutzung von „Pelztieren“. Bereits vor fünf Jahren hatte deshalb die frühere Landesregierung von Schleswig-Holstein einen Antrag auf Verbot der gewerblichen Pelztierhaltung in den Bundesrat eingebracht, der dort mehrheitlich, auch mit den Stimmen des Landes Baden-Württemberg, abgelehnt wurde. Dennoch hat dieser Vorstoß bewirkt, dass der Bundesrat die Bundesregierung aufforderte, einen Verordnungsentwurf vorzulegen,

der die Pelztierhaltung so ausgestaltet, dass die Grundbedürfnisse der Tiere befriedigt und haltungsbedingte Gesetzesverstöße vermieden werden.

Die Anfrage von Renate Rastätter ist zu finden unter:

[www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0347\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0347_D.PDF)



Renate Rastätter

## **Verbot von Robbenprodukten in der Europäischen Union - Renate Rastätter erfragt die Position der Landesregierung**

Die vom EU-Parlament angenommene Erklärung zum Verbot von Robbenprodukten ist hoffentlich der Anfang vom Ende für diesen schrecklichen Markt in der EU. Kommerzielle Robbenjagd ist eine barbarische Praxis, die sich gegen junge, nur wenige Wochen alte

Robben richtet. In den letzten vier Jahren sind im Nordwestatlantik mehr als anderthalb Millionen Jungtiere von Sattelrobben abgeschlachtet worden, wobei die allermeisten dieser Tiere noch nicht einmal drei Monate alt waren. Dabei ist der Bestand von Robben

bereits durch den Klimawandel gefährdet, denn die schmelzende Eisschicht bedroht die natürliche Aufzucht der Tiere. Auch die Landesregierung signalisierte in ihrer Antwort Zustimmung für ein Verbot von Robbenprodukten in der EU.

Die Anfrage von Renate Rastätter ist zu finden unter:

[www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0348\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0348_D.PDF)

## **Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Schulstandorte und Schulstruktur**

Die demographische Entwicklung in Baden-Württemberg wird in den kommenden Jahren zu einem erheblichen Rückgang der Schülerzahlen führen. Insgesamt werden nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes

vom Juli 2006 bis zum Jahr 2020 18 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler die Schulen des Landes besuchen. Je nach Schulart und Region gibt es bei dieser Entwicklung allerdings erhebliche Unterschiede. Angesichts dieser Pro-

gnosen und der seit langem bestehenden Problemlagen des Bildungssystems gehört die Schulpolitik des Landes nach Ansicht der Grünen auf den Prüfstand. Deshalb hat Renate Rastätter einen Antrag zum Thema eingebracht:

[www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0519.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0519.html)

## Verkauf badischer Kulturgüter - die rechtliche Stellung der Zähringer-Stiftung

Die Landesregierungen in Baden-Württemberg haben über Jahrzehnte die Zähringer-Stiftung als wirksame Stiftung betrachtet. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat die derzeitige Landesregierung Zweifel an dieser Position angemeldet und u. a. daraus folgernd Fraktionsantrag: [www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0507.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0507.html)

dem Haus Baden einen Vergleich über 70 Mio. € angeboten. Namhafte Juristen widersprechen jedoch der Auffassung der Landesregierung. Damit wäre ein Großteil der von der Landesregierung als eindeutig im Besitz des Hauses Baden oder zumindest strittig de-

klarierten Kunstwerke entweder im Besitz des Landes oder im Eigentum der Zähringer-Stiftung und damit vor Verkauf geschützt. Die Grüne Fraktion hat hierzu detaillierte Fragen an die Landesregierung gestellt.

Bereits in der letzten Rundbriefausgabe stellten wir Anträge zu diesem Themenkomplex vor. Der Antrag "Eigentumsrechte an den Handschriften der badischen Landesbibliothek" wurde inzwischen von der Landesregierung beantwortet:

[www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0382\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0382_D.PDF)

Das Plenarprotokoll der Aussprache im Landtag vom 11.10.2006 ist zu finden unter:

[www3.landtag-bw.de/WP14/Plp/14\\_0009\\_11102006.pdf](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Plp/14_0009_11102006.pdf) (Seite 3-21)

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Winfried Kretschmann hat in einem Brief Ministerpräsident Oettinger dazu aufgefordert, die Ankäufe badischer Kulturgüter einzustellen:

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dokbin/155/155087.ankaue\\_fe\\_badischer\\_kulturgueter\\_einstell.pdf](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dokbin/155/155087.ankaue_fe_badischer_kulturgueter_einstell.pdf)



## Beschaffungswesen des Landes ohne ausbeuterische Kinderarbeit?

Die internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) schätzt, dass weltweit 2004 immer noch fast 200 Millionen Jungen und Mädchen ihren Lebensunterhalt unter oft schwierigsten Bedingungen selbst verdienen und evtl. auch noch Familienmitglieder ver-

sorgen mussten. In der Konvention Nr. 182 der ILO wird gefordert, die schlimmsten Formen der Kinderarbeit abzuschaffen. Diese Konvention wurde von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert.

In einem Antrag fordert Gisela Splett die Landesregierung auf,

beim Vergaberecht neben der Wirtschaftlichkeit der Angebote und der Eignung der Unternehmen auch das Kriterium „Achtung internationaler Normen“ zu prüfen und dadurch Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu ächten:

[www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0508.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0508.html)

## Gisela Splett fordert: Landtag und Behörden umweltfreundlich fit machen

Vor über 10 Jahren ist das deutsche Umweltauditgesetz in Kraft getreten, mit dem das EMAS-Zertifikat (Eco-Management and Audit Scheme) auch in Deutschland eingeführt wurde.

Im Umweltplan hat sich das Land selbst das Ziel gesetzt, seine Behörden flächendeckend gemäß der EG-Öko-Audit-VO zu zertifizieren und darauf hinzuwirken, dass das Ökoaudit auch in den Kommunalverwaltungen breite Anwendung findet. Doch in Realität sind

bisher wohl nur das Umweltministerium und die LUBW zertifiziert. Gisela Splett möchte mit einem Antrag erreichen, dass nun weitere Behörden Umweltmanagement einführen und der Landtag mit gutem Beispiel voran geht.

## Pressemitteilungen

CDU stellt Ideologie über Vernunft - Klares Nein des CDU-Parteitags zur Heroinabgabe als Therapieform für Schwerstabhängige

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/154/154669.cdu\\_stellt\\_ideologie\\_ueber\\_vernunft.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/154/154669.cdu_stellt_ideologie_ueber_vernunft.htm)

Weder der Weiterbau der Nordtangente noch die 2. Rheinbrücke sind im Fünfjahresplan des Verkehrsministeriums enthalten

[www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Fuenfjahresplan\\_BVM.pdf](http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Fuenfjahresplan_BVM.pdf)

Zweite Fremdsprache: Grüne begrüßen, dass Gymnasien mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6 beginnen können

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/153/153433.zweite\\_fremdsprache\\_gruene\\_begruessen\\_da.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/153/153433.zweite_fremdsprache_gruene_begruessen_da.htm)

Grüne Position zum Ladenschluss: keine landesweite Freigabe

[www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Ladenschluss.pdf](http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Ladenschluss.pdf)

Im Rahmen einer Fraktionssitzung in Tuttlingen besuchten Grüne Abgeordnete das „Bioenergiedorf“ Mauenheim, das sich als erstes Dorf in Baden-Württemberg vollständig aus heimischen erneuerbaren Energien versorgen wird:

[www.solarkomplex.de/beteiligung/Bioenergiedorf.php](http://www.solarkomplex.de/beteiligung/Bioenergiedorf.php)



## Terminankündigungen

**04.12.2006:** Öffentliche Anhörung

**Zukunft der Hauptschule** vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung  
14 Uhr im Ebertsaal im Landtag

**08.01.2007:** Vortrag von Prof. Radermacher zum **Global Marshall Plan** ([www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org))  
vorauss. 19.30 Uhr im Internationalen Begegnungszentrum

### Noch zwei Anmerkungen zum Schluss:

Wie immer gilt, dass die genannten Anfragen, Anträge und Pressemitteilungen in den Büros der Abgeordneten auch gerne in Papierform angefordert werden können.

An einem Besuch im Landtag Interessierte können sich ebenfalls gerne bei Gisela oder Renate bzw. Gisa oder Alexander melden.



### MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690  
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

bei unserer LDK am vergangenen Wochenende haben wir die Ökologie ins Zentrum gestellt. Angesichts der dramatischen neuen Erkenntnisse über den eingetretenen Klimawandel – schneller voranschreitend und gravierender als von allen grünen SchwarzseherInnen prognostiziert – müssen wir (wieder) lernen radikalere Forderungen zu stellen. Das haben wir mit den Beschlüssen der LDK als erster Landesverband getan. Zero-Emission bis 2050, bei Autos Durchschnittsverbrauch von 3 Litern bis 2020, Tempolimit von 90 km/h bzw. 130 km/h (letzteres könnte noch etwas niedriger sein – aber im Land der bisher freien Fahrt ist das schon sehr ambitioniert), City-Maut, Schluss mit der Subventionierung und Kerosin-Steuerbefreiung des Flugverkehrs, Verbot von Ölheizungen in Neubauten und bei Altbauten eine Senkung des Heizenergieverbrauchs auf 5 l/qm/a bis 2020.

Mit dem zweiten Öko-Antrag haben wir eine Biomasse-Strategie beschlossen. Biomasse ist der einzige Energieträger mit dem wir der Kohle Paroli bieten können. Die pro Kohle Argumentation erlebt derzeit mit dem Hoffnungsträger CO<sub>2</sub>-Abscheidung genauso eine Renaissance wie die pro Atomkraft Argumentation. Der Grund: Kohle ist unter den Fossilien der einzige Energieträger, der auf der Welt noch über längere Zeit verfügbar sein wird. Das Biomasse-Potenzial ist aber mindestens genauso groß – wenn dazu übergegangen wird, alle pflanzlichen Abfälle und landwirtschaftlichen Reststoffe zu verwerten, Biokraftstoffe zum Einsatz gebracht werden die Ganzpflanzen nutzen und Nutzungskaskaden angewandt werden, bei denen Wärmege- winnung erst als letzter von mehreren Nutzungsschritten praktiziert wird. Für Schwellen- und Entwicklungsländer ist Biomasse eine Chance für neue Agrarstrukturen und Absatzmärkte – wenn wir international gültige ökologische Mindeststandards verankern und ein Zertifizierungssystem installieren. Die optimistischen Forschungsergebnisse für den Anbau auf Erosions-, Karst- und niederschlagsarmen Flächen können gerade für die ärmeren Länder der Welt die überproportional unter zunehmender Verwüstung und Verkarstung leiden werden eine neue Lebenschance bieten – wenn wir hier Geld in die weitere Erforschung stecken und nicht alles in die Entwicklung des „CO<sub>2</sub>-freien“ Kohlekraftwerks das nach bisherigem Stand ineffizient, übermäßig teuer und ökologisch bedenklich sein wird. Letzteres ist allerdings (bisher) meine persönliche Ansicht und steht nicht im Beschluss.

Mit beiden Anträgen sind wir für eine neue ökologische Debatte, für den „neuen Realismus“ in der Ökologiepolitik der radikale Antworten auf die zentrale Frage des 21. Jhdts. erfordert gut aufgestellt

Mit herzlichen Grüßen

Eure Sylvia Kotting-Uhl

PRESSEMITTEILUNG 09.11.2006

## Regierung will „kastriertes Verbandsklagerecht“

Die grüne Karlsruher Bundestags- abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** wirft nach der heutigen Sitzung des Umweltausschusses des Bundes- tags den Regierungsfractionen vor, ein Verbandsklagerecht einführen zu wollen, das deutlich hinter die Umweltschutz-Möglichkeiten ande-

rer EU-Länder zurückfällt. „Das wäre ein verheerendes Signal für die beginnende deutsche EU- Ratspräsidentschaft, die große Ko- alition möchte Deutschland vom Öko-Vorreiter zum Umwelt-Nacht- wächter machen“, sagte die um- weltpolitische Sprecherin der grü-

nen Bundestagsfraction Sylvia Kot- ting-Uhl. Mit der am Donnerstag vorgesehenen Abstimmung über das „Umweltrechtsbehelfsgesetz“ setzt die Bundesrepublik mit 17- monatiger Verspätung die EU- Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteili- gung um. Vor der in der EU-Richtli-

nie 2003/35 enthaltenen Möglichkeit, den Umweltverbänden ein umfassendes Klagerecht in Umweltangelegenheiten einzuräumen, schreckt die große Koalition aber zurück. Die Verbände sollen nicht die Möglichkeit bekommen, allgemeine Umweltschutz-Verstöße gerichtlich überprüfen zu lassen. Sie sollen lediglich solche Umweltgefährdungen vor die Gerichte brin-

gen dürfen, die auch betroffene Bürger bereits jetzt einklagen können. „Der Sinn der neuen Regelungen sollte eigentlich sein, dass wenigstens die Verbände als <Stimme der Natur> jene politischen Vorhaben kontrollieren können, die den einzelnen Bürgern verschlossen sind“, erklärte Kotting-Uhl. Deshalb habe z.B. Österreich sein Verbandsklagerecht so beschlos-

sen, dass die Umweltverbände auch die Einhaltung solcher Rechtsvorschriften einklagen können, die den Schutz von Gewässern oder verbindliche Klimaschutzziele betreffen. Wir fordern die Regierung auf, diesem Beispiel zu folgen und die Arbeit der Umweltverbände zu fördern, statt sie weiter kaltzustellen.

PRESSEMITTEILUNG 31.10.2006

## Auch 20 Jahre nach dem Unfall von Sandoz: Kein Ende der Risikochemie absehbar

Anlässlich des 20. Jahrestages des Chemieunfalls von Sandoz vom 01.11.1986 erklärt **Sylvia Kotting-Uhl**, umweltpolitische Sprecherin:

Der Unfall von Sandoz vor 20 Jahren hat uns drastisch vor Augen geführt, welche fatalen Folgen unsere in weiten Teilen stark Risiko behaftete Chemie haben kann. Auch wenn sich seit dem vieles verbessert hat, nachhaltig ist die Chemie bis heute nicht. Auch 20 Jahre nach Sandoz heißt unsere politische Kernforderung: Ausstieg aus der Risikochemie und den Einstieg in eine risikoarme "grüne" Chemie. Eine grüne Chemie stellt Produkte her, die weder die Ge-

sundheit noch die Umwelt gefährden. Grüne Chemie meint aber vor allem auch die Entwicklung effizienter Prozesse, die die Entstehung von Abfällen minimiert und Schäden für die Umwelt vermeidet, bevor sie entstehen. Sie setzt auf nachwachsende Rohstoffe und die Entwicklung und den Einsatz für Mensch und Umwelt unschädlicher Reagenzien und Verfahren.

Die Chemie- und Kunststoffindustrie ist eine der wichtigsten Industriebranchen in Deutschland. Auch im Alltag der Menschen spielt Chemie eine zentrale Rolle. Sie umgibt uns in Möbeln und Lacken, in Kleidung, Spielzeug und Nahrungsmitteln. Gründe genug, die Chemie-

produktion sicherer, ökologischer und nachhaltiger zu gestalten. Wie bei den erneuerbaren Energien wollen wir auch in der Chemiepolitik Anreize für ökologische Innovationen im Bereich der Stoff- und Produktpolitik setzen.

Auch wenn sich ein Sandoz bislang glücklicherweise nicht wiederholt hat, der Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien ist noch immer unzureichend. Die Funde von Perflourtensiden (PFT) in Trinkwasser und Isopropylthioxanton (ITX) in Säften, allein im vergangenen halben Jahr, belegen dies eindrucksvoll. Wir kämpfen deshalb weiter für ein REACH mit Zähnen.

PRESSEMITTEILUNG 30.10.2006

## Endlager Asse bleibt Problemfall

Anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen zum Forschungsendlager Asse 2 erklärt **Sylvia Kotting-Uhl**, umweltpolitische Sprecherin:

Die Zustände im Forschungsendlager Asse 2 sind außerordentlich besorgniserregend. Seit fast 20 Jahren dringt Salzlösung in das Endlager ein. Die Bundesregierung bestätigt nun auf Nachfrage der grünen Bundestagsfraktion, dass dies die sichere Lagerung der über 120.000 mit Atommüll gefüll-

ten Fässer erheblich gefährden kann. Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass Radioaktivität nach dem endgültigen Verschießen des Endlagers ins Grundwasser gelangt.

Entgegen früheren Ankündigungen liegt noch immer kein Langzeitsicherheitsnachweis vor. Der Zustand der Fässer wird nicht überwacht. Durch das Einbringen einer Flüssigkeit mit Magnesiumchlorid wird das zuständige Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) versuchen, die eintre-

tende Salzlösung zu neutralisieren. Bislang liegen jedoch keine Erfahrungswerte vor, wie sich dieser Neutralisierungsversuch auf die Haltbarkeit der Fässer auswirken wird. Wissenschaftler befürchten eine Beschleunigung von Korrosion. Uns drängt sich der Eindruck auf, dass dieser Weg aus Kostengründen gewählt wurde, anstatt der Sicherheit die höchste Priorität einzuräumen.

Trial and error wird zur Methode für Atomsicherheit gemacht, eine Methode, die bewusst auch die

Möglichkeit von Fehlschlägen einkalkuliert. Die Zuständigen in Niedersachsen nehmen damit eine mögliche Strahlenkontamination in Kauf.

Obwohl über 25.000 Fässer des Atommülls auch von Atomkraftwerken stammen, hat sich die Atomindustrie bislang nicht an den Kosten für Endlagerung und Schutzmaßnahmen beteiligt. Das Verursacherprinzip wird hier unter dem Deckmantel der Forschung außer Kraft gesetzt. Darüber hinaus bleibt unverständlich, warum die

Zuständigkeit für diesen Standort – obwohl das GfS keine Forschungsarbeiten mehr durchführt – nicht an das Umweltministerium und damit an das Bundesamt für Strahlenschutz übergeht.

Auch wenn die Verhältnisse nicht unmittelbar mit anderen Standortüberlegungen übereinstimmen, zeigen die Zustände in Asse 2 deutlich, dass bestimmte Probleme erst bei der Durchführung der Endlagerung auftauchen. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass man bei der aktuellen Debatte über die

endgültige Endlagerung von Atommüll nicht blind auf die Ergebnisse von gestern vertrauen darf, sondern eine ergebnisoffene Suche an verschiedenen Standorten durchführen muss. In Asse hat es nie ein Auswahlverfahren gegeben, die Bevölkerung wurde systematisch aus den Entscheidungen herausgehalten. Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie alle weiteren Abschlussarbeiten an Asse 2 nach Atomrecht durchführt, um der betroffenen Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß an Mitsprache einzuräumen.

## Bericht aus der LAG FrauenPolitik

21.10. Veranstaltung Fremd in Deutschland II, die 3. Generation türkisch-muslimischer MigrantInnen auf dem Weg in die Mehrheitsgesellschaft. Mit Serap Cileli, Dr. Ahmet Toprak, Collin Schubert (Terre des Femmes) und Memet Kilic. Collin Schubert hielt ein Impulsreferat zum politischen Islam und machte deutlich, welche politisch/religiösen Kräfte daran interessiert sind, die Integrationsprobleme für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Sie warnte vor Blauäugigkeit und einer leichtfertigen Aufgabe unserer Verfassungsrechte. Serap Cileli beschrieb eindringlich das Schicksal vieler Frauen, die

den realen oder sozialen Tod erleiden, wenn sie von ihren Freiheitsrechten als deutsche Staatsbürgerinnen Gebrauch machen. Dr. Ahmet Toprak, Referent für Gewaltprävention bei der Aktion Jugendschutz in Bayern beschrieb den Kreislauf der Gewalt in vielen Familien mit traditionellem türkisch-muslimischen Hintergrund, stellte aber auch heraus, dass der Rückzug auf religiös fundamentalistische Werte häufig eine Folge der verwehrteten Anerkennung der Jugendlichen durch die deutsche Gesellschaft sei. Mehmet Kilic hatte als staatl. Gepr. Deutscher und Rechtsanwalt die Verfassung im

Taschenformat dabei und fragte sich, wie es mit der in der Verfassung verankerten Gleichberechtigung zu vereinbaren sei, wenn türkische Schülerinnen mit Erlaubnis eines Gerichtsurteils in Deutschland vom Schwimmunterricht befreit werden dürften.

Anwesend war übrigens nicht die deutsche Presse, die über den LaVo Verteiler eingeladen worden war, sondern zwei Journalisten von Millyet, die alle Beiträge genau dokumentierten. Ein ausführliches Protokoll mit allen Beiträgen kann angefordert werden bei Ulrike Maier [u.maier@mcm-web.de](mailto:u.maier@mcm-web.de)

## Bericht vom Bundesfrauenrat am 28. und 29.10.2006

Neben dem dringenden Appell von Claudia Roth und Steffi Lemke, das Thema Frauenpolitik auch in den Kreisverbänden ganz hoch zu hängen damit uns in den nächsten zwei Jahren frauenpolitisch nicht die Luft ausgehe....(!) wurden zwei Hauptthemen herausgestellt:

die anstehende Veröffentlichung des Forschungsberichtes zum Prostitutionsgesetz. Dieses Forschungsvorhaben, das noch von der rot-grünen Regierung in Auftrag gegeben worden war, wird momentan vom Familienministerium unter Verschluss gehalten, weil es nur mit den Ergebnissen einiger Begleitforschungen zusammen veröffentlicht werden soll – wir

werden Anfang des Jahres sehen, was dahinter steckt.

Insgesamt hat das Prostitutionsgesetz, eine wichtige öffentliche Debatte angestoßen, muss jedoch nach der ersten Evaluierungsergebnissen weiter ausgebaut werden. Das Hauptproblem liegt in der unterschiedlichen Umsetzung in den einzelnen Bundesländern, der Tatsache, dass ca. 60 % aller Prostituierten MigrantInnen sind und dass sich viele der Betroffenen in einer Lebenssituation befinden, die es ihnen kaum möglich macht, ihr Recht gegenüber Freiern, Behörden und Bordellbesitzern einzufordern und durchzusetzen.

Zweites Hauptthema in der grünen Frauenpolitik ist eine kritische Aus-

einandersetzung mit dem Thema Grundsicherung und Grundeinkommen. Sybill Klotz erklärte in ihrem Referat, dass ein Grundeinkommen für alle längst nicht grundsätzlich auch geschlechtergerecht sei. Bei Hartz IV stellten sich die Nachteile vor allem für Frauen erst dann heraus, als das von einer rein männlich besetzten Kommission ausgetüfelte Gesetz längst verabschiedet war. Das wollen wir nicht noch einmal erleben.

Diese beiden Themen werden wir in der LAG FrauenPolitik 2007 weiterverfolgen. Weitere Details dazu können bei Ulrike Maier, Sprecherin der LAG, angefordert werden unter [u.maier@mcm-web.de](mailto:u.maier@mcm-web.de)

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

**MdB Sylvia Kotting-Uhl** (siehe Bundestags-Seiten)

## LANDTAGSABGEORDNETE:

**Renate Rastätter**, Lenzstraße 10, 76137 KA  
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**  
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

### **Dr. Gisela Splett**

Breslauer Str. 43D, 76139 Ka, Tel. 96 87 18 6  
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiter: **Alexander Geiger**  
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

## REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

**Klaus Stapf** (*Fraktionssprecher*) · Tel. 40 32 35

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

**Dieter Emig** und **Gabi Schiller**  
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6  
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr  
gruene@fraktion.karlsruhe.de

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

**Klaus Stapf** (*Fraktionssprecher*)  
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt  
Amthausstr. 22, 76227 Karlsruhe  
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

**Bettina Lisbach** (*stellvertretende Fraktionssprecherin*)  
(Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen,  
Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

**Michael Borner** (Soziales, Wohnen)  
Brauwerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule)  
Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt**  
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)  
Friedrichstr. 67, 76229 Karlsruhe, Tel. 48 20 38

**Ute Schulze-Harzer** (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)  
Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

**Anne Segor** (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)  
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Soziales)  
Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

**Winnie Kratzmeier-Fürst**  
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

**Dr. Heike Puzicha-Martz**  
Hildebrandstr. 31a, 76227 Karlsruhe, Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19, 76229 KA,  
Tel 55 41 24

**Alexandra Knöbl**, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,  
Anschriftenberichtigungskarte senden an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

**Dr. Ute Leidig**  
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe  
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4  
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de  
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

## BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

**Markus Ryll**, Ebertstr. 20, 76137 KA, Tel. 8 20 05 46

**Michael Gast** (Verkehr, Städtebau und Migration),  
Karlsru. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

**Sabine Just-Höpfinger** (Umweltschutz, erneuerbare Ener-  
gien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

**Tanja Kluth** (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),  
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170-1618435

**Thomas Krause** (Kassierer), Welschneureuter Str. 23,  
76149 KA, Tel. 78 14 82

**Anke Weidlich** (Energie, Wirtschaft, Hochschule),  
Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

## Arbeitskreise:

**AK FRAUEN:** Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

**AK Lesben und Schwule:** Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

## Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

**Anna-Kathrin Wesolowski**, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

**Lars Kirchberg**, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

## ORTSVEREIN Durlach:

**Martin Pötzsche**, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

**Wolfgang Semmler**, Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 406252

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSVEREIN Neureut:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

**Matthias Voigt**, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

**Uschi Blombach**

Seewiesenäckerweg 31, 76199 KA, Tel. 83 02 28 1

**Eva-Elisabeth Herold**

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01